

Bescheid übergeben

Bundesmittle für Breitbandausbau „endlich“ bewilligt

Bundesminister Andreas Scheuer überbringt höchstpersönlich Bescheid über 1,7 Millionen Euro



Ein „Leuchtturmprojekt“ im Rücken, den Bewilligungsbescheid für den letzten Breitbandausbau-Abschnitt in Händen postierte „der Andi“ (Bildmitte) wie er hier allseits genannt wird, mit Bürgermeister Martin Behringer (li.daneben), dessen Stellvertreter Edmund Sterr und Willi Gröbl (li.u.re. daneben), VG-Geschäftsleiter Konrad Pfoser (2.v.l.) und einigen Gemeinderäten medienwirksam für ein Foto.

Text und Foto von Georg Thurnreiter. Endlich ist er da: „Lange darauf warten müssen“ habe die Gemeinde Thurmansbang auf den Bescheid über die Bewilligung einer „Zuwendung des Bundes für ein Wirtschaftslückenmodell nach den Richtlinien für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“, so die offizielle Bezeichnung, erklärte Bürgermeister Martin Behringer bei der nunmehr erfolgten Übergabe des Bewilligungsbescheides, respektive einer Email-Kopie, durch den zuständigen Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dr. Andreas Scheuer, der dafür „zwischen zwei Terminen“ eigens nach Thurmansbang gekommen war. Damit sei Thurmansbang auch die erste Kommune im Landkreis Freyung-Grafenau, die Bundesmittel bewilligt bekommen habe; „das macht mich schon sehr stolz“, merkte der Bürgermeister an.

Wegen der langen Bewilligungsdauer sei es ihm, Scheuer, ein Anliegen gewesen, den Bescheid nun auch selbst überbringen zu können, nachdem ihm die Gemeinde schon brieflich ihr Leid geklagt habe. „Wir können nun gemeinsam den Beweis antreten, dass es sich doch um ein attraktives Förderprogramm des Bundes handelt, mit dem gerade der ländliche Raum diese wichtige Infrastruktur schneller erhält“, so Scheuer, der, schon wieder „auf dem Sprung“ von einer Stadtratssitzung in Passau und Terminen im Wahlkreis über Straubing und München zum Flug nach Berlin, diese Übergabe „gerne eingeschoben“ habe. Im „Schnelldurchlauf“ ließ er sich deshalb von Bürgermeister Behringer über die anstehenden Projekte der Städtebauförderung informieren und nahm in einer kurzen Regenpause zum Pressefoto vor einem weiteren „Leuchtturmprojekt“ der Gemeinde, dem sanierten, ehemaligen Lehrerwohnhaus, mit den zu seinem „Empfang“ bereitstehenden Gemeinderäten Aufstellung.

Die bewilligten Bundesmittel von knapp über 1,7 Millionen Euro schließen neben den - noch nicht genehmigten - Landesmitteln von rund 850.000 Euro die Wirtschaftlichkeitslücke zu Gesamtinvestitionskosten von 2.850.000 Euro, wovon die Gemeinde 285.000 Euro aus Eigenmitteln erbringen muss. Da-mit kann der „vorerst letzte“ Bauabschnitt zum Breitbandausbau in der Gemeinde in Angriff genom-men werden, ergänzte Bürgermeister Martin Behringer, sobald auch der Bewilligungsbescheid für die Landesmittel, der in etwa 3 bis 4 Wochen erwartet wird, eingegangen ist. Damit ende dann auch ein Antragsprozedere, dass sich dann über zwei Jahre und acht Monate (!) hingezogen habe.

„Der erste Förderantrag wurde am 26. Oktober 2016 gestellt; mit dem ersten Bewilligungsbescheid vom 21. Februar 2017 wurden 1,6 Millionen Euro Bundesmittel in Aussicht gestellt“, blickte Behringer zurück. Nach einer Markterkundung und Ausschreibung des Bauabschnittes konnten die genauen Gesamtinvestitionskosten von 2.849.292 Euro im weiteren Verfahren zugrunde gelegt werden. Hierzu wurden nun mit Bescheid vom 14. Mai 2019 die endgültigen Bundesmittel von 1.709.575 Euro bewilligt. Die Landesmittel belaufen sich auf 850.787 Euro, sodass der Gemeinde eine Eigenleistung von 10 Prozent bzw. 284.930 Euro verbleibt.

„Damit kann nun der vierte und vorerst letzte Bauabschnitt in Angriff genommen werden, der 39 Kilometer Leerrohre und Glasfaserkabeln umfasst, womit 506 Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s, davon 80 Prozent mit mehr als 100 Mbit/s, mit Glasfaserkabel „bis ins Haus“ versorgt werden. Innerhalb einer Bauzeit von zwei Jahren werden damit sämtliche Orte, Weiler und Einöden im Gemeindegebiet - mit Ausnahme der Baugebiete Erlenberg und Steinfeld, die von der Telekom eigenwirtschaftlich ausgebaut werden -, die bisher über kein „schnelles Internet“ verfügten, erschlossen sein. „Und das ohne jegliche Zuzahlung durch die Anschlussnehmer“, wie Behringer nicht ohne Stolz herausstellt. „Das war mir von Anfang an wichtig“, um keine „Zweiklassen-Breitbandanschießer“ zu bekommen. Die von den Grund-stückseigentümern geforderte Einwilligung gelte nur für die Verlegung des Glasfaserkabel ins Grundstück bis zur Übergabeeinrichtung, enthalte aber keine Verpflichtung zur Nutzung des Internets in irgendeiner Form.